

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche gab es große Debatten zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Plenum des Bundestages. Am Donnerstagmorgen haben wir über den **Armuts- und Reichstumsbericht** der Bundesregierung diskutiert. In diesem Bericht werden die Verteilungsfragen in unserem Land thematisiert. Die FDP hat vorab versucht, den Armuts- und Reichstumsbericht zu manipulieren. Im ersten Entwurf hatten die Mitarbeiter von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) noch den Mut, die bittere Spaltung unserer Gesellschaft ungeschminkt offen zu legen. Doch dann wurde zensiert, gestrichen und umgeschrieben. Anders als in der Ursprungsfassung finden sich nun keine Hinweise mehr auf die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland. Auch kritische Aussagen zur Lohnentwicklung wurden beschönigt. Das zeigt die Unehrllichkeit der Bundesregierung: Sie vertuscht die Wahrheiten, die ihr politisch ungelegen kommen. Sigmar Gabriel hat für die SPD in der Debatte gefordert, dass wir eine neue Verteilung der Gemeinwohllasten und eine neue Verteilung von Chancen brauchen. Dafür allerdings brauchen wir vor allem eines: Eine neue Regierung.

Auch in der Debatte zu unserem SPD-Antrag, mit dem der **Missbrauch von Werkverträgen in der Arbeitswelt** verhindert werden soll, haben Union und FDP gezeigt, dass ihnen die Menschen, die in unserem Land von schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen betroffen sind, egal sind. Immer wieder tauchen in den Zeitungen Schlagzeilen auf, dass Menschen für 6,50 Euro die Stunde Regale einräumen oder dass in Schlachthöfen über eine rumänische Firma Menschen für 173 Euro im Monat im Akkord Tiere schlachten. Die Bundesregierung sagt immer: „Uns ist nicht bekannt, wie viele Werkverträge es in Deutschland



Berlin-Brief, Ausgabe 133
22. Februar 2013

Meine Termine

SPD-AK Europa: Die Zukunft Europas – Mehr Demokratie wagen!

22.2.2013, 19 Uhr, Heilbronn, Gaststätte Harmonie

IG BCE-Bezirksdelegiertenkonferenz

23.2.2013, 9.30 Uhr, Ludwigsburg, Forum am Schlosspark, Stuttgarter Str. 33

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

25.2.2013 - 1.3.2013, Berlin

Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg mit Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2013

2.3.2013, 10 Uhr, Heilbronn, Harmonie

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



gibt. Deswegen können wir nicht handeln.“ Diese Aussage ist zutiefst zynisch. Ich sehe mich als einen Politiker, der nicht danach reagiert, wie die statistischen Daten aussehen, sondern der danach handelt, wie es den Menschen in unserem Land tatsächlich geht. Wir dürfen doch nicht die Augen verschließen, wenn wir von Schicksalen und Bedingungen in unserer Arbeitswelt hören, die nicht menschenwürdig sind. Da ist es doch egal, ob es um 100.000 oder „nur“ 1.000 Menschen geht – da ist jedes Schicksal eines zu viel. Deswegen ist es dringend notwendig, im Bereich der Werkverträge und des Fremdpersonals endlich zu handeln! Ich habe dazu im Plenum gesprochen. **Meine Rede erhalten Sie anbei.**

Eine zweite Rede habe ich zum neuen **Seearbeitsgesetz** gehalten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hatte 2006 das Seearbeitsübereinkommen beschlossen, mit dem international bessere Arbeitsbedingungen auf See durchgesetzt wurden. Das Seearbeitsgesetz setzt dieses Übereinkommen national um. Die Seearbeit ist eine besondere Arbeit, sei es auf dem Neckar oder im Atlantik. Deswegen sind auch besondere Regelungen, insbesondere zur Zahlung der Heuer und zu Höchstarbeitszeiten auf Schiffen, notwendig. Union und FDP haben das Seearbeitsgesetz jedoch so gestaltet, dass die Arbeitsbedingungen sich eher verschlechtern als verbessern. Auch beim Seearbeitsgesetz wird also deutlich: Die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spielen für Schwarz-Gelb bei der Gesetzgebung keine Rolle.

Am Mittwoch wurde in erster Lesung das **Mandat für eine Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Mali** diskutiert, das für zwölf Monate gelten soll und auf der Grundlage von Resolutionen der Vereinten Nationen steht. Zum einen geht es um die deutsche Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali. Damit soll die malische Armee besser ausgebildet werden. Deutschland wird mit ca. 40 Ausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften vertreten sein; insgesamt werden 450 europäische Soldaten in Mali sein. EUTM Mali soll Anfang April seine Arbeit aufnehmen. Das zweite Mandat sieht die Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission AFISMA vor, worunter vor allem der Lufttransport sowie die Luftbetankung zur Unterstützung der französischen Streitkräfte fällt. Mir ist es wichtig, dass wir uns nicht allein auf militärische Maßnahmen beschränken. Entscheidend ist ein breit angelegter politischer Prozess, der vor allem den Dialog zwischen der Regierung in Bamako und den Bevölkerungsgruppen im Norden Malis fördert. Humanitäre Hilfe ist ebenfalls dringlich, um eine Hungerkatastrophe im kommenden Jahr zu verhindern, da viele Bauern wegen des Konflikts ihre Felder aufgeben mussten. Eine Entscheidung im Bundestag über die beiden Mandate wird voraussichtlich in der kommenden Woche fallen. Ich halte Sie darüber auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

Plenarrede von Josip Juratovic MdB am 21. Februar 2013 zum SPD-Antrag: Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen sowie zum Gesetzentwurf der Linken

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unser Land ist sehr reich und wird auch von außen von vielen so betrachtet und bewundert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Doch wenn man aus der Nähe hinschaut, sieht man: **Unser Land ist auch reich an Ungerechtigkeit.**

(Max Straubinger (CDU/CSU): So gut begonnen!)

Es ist ein Skandal, dass Menschen in unserem Land über einen Werkvertrag für beispielsweise 173 Euro im Monat im Akkord Tiere schlachten. Es ist ein Skandal, dass in unserem Land über 300 000 Menschen zum Arbeits- und Sozialamt müssen, um aufzustocken.

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Das hat die SPD eingefädelt!)

Es ist auch ein Skandal, dass dieser Bundesregierung nicht jeder Mensch in unserem Land gleich viel wert ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Würde vieler Menschen wird durch den Missbrauch auf dem Arbeitsmarkt mit Füßen getreten, von der Wertschätzung der Arbeit und der Wertschätzung der Menschen ganz zu schweigen.

Die Solidarität und der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft sind durch die Spaltung des Arbeitsmarktes, durch prekäre Beschäftigung gefährdet. Denn viele Arbeiter mit Werkverträgen werden sowohl im Betrieb als auch in der Gesellschaft stigmatisiert. In den Betrieben gibt es ein Vier-Kasten-System: die Angestellten ganz oben, die Stammebelegschaft, dann befristete Beschäftigte und Neueinsteiger und ganz unten Leiharbeiter und Arbeitnehmer mit Werkverträgen. Bei der Bank erhalten sie keinen Kredit. Auch Mietverträge sind schwierig zu bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Werkverträge waren ursprünglich dazu gedacht, Dienstleistungen, die nichts mit dem Unternehmen direkt zu tun haben - zum Beispiel die Wartung von Aufzügen -, an andere Unternehmen zu vergeben. Mittlerweile sind Werkverträge jedoch zum Kalkulationsgegenstand der Unternehmen geworden, um Lohnkosten zu drücken.

Wir müssen klarstellen, dass die Kalkulation mit prekärer Beschäftigung weder tüchtig noch besonders schlau ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist vielmehr unredlich, Wettbewerb auf Kosten der Schwächsten und der Allgemeinheit zu betreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch die anständigen Unternehmer, die ihre Mitarbeiter fair bezahlen, leiden unter Dumpingmethoden der ausbeuterischen Unternehmer, weil sie durch den Wettbewerb unter Druck geraten. Es ist bemerkenswert, dass selbst vermeintlich arbeitgebernahe Parteien wie die Union und die FDP die ehrlichen Unternehmer nicht vor unanständiger Billigkonkurrenz schützen.

(Gabriele Groneberg (SPD): Ja!)

Es ist unerträglich, dass die Arbeitsministerin von der Leyen zwar geübt vor Kameras ihr Mitgefühl für die Umstände und Zustände in diesem Land zum Ausdruck bringt. In der Bundesregierung unternimmt sie aber rein gar nichts, um den Menschen zu helfen und sie vor Missbrauch zu schützen. Oder kann sie sich nicht durchsetzen? - Das kann ich jetzt nicht einschätzen.

(Anton Schaaf (SPD): Beides!)

Die Menschen in unserem Land brauchen endlich Sicherheit durch Gesetze statt Mitgefühl und Appelle.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen von Union und FDP, es ist peinlich, welche scheinheilige Argumente Sie hier vorbringen. Einmal wissen Sie nicht, wie viele tatsächlich davon betroffen sind, als ob es nicht um jeden Bürger in unserem Land geht, der geschützt werden muss, dann verstecken Sie sich hinter Tarifautonomie und Mitbestimmungsrechten, und dann erklären Sie uns hier was von Informationsrechten. Dann wandeln Sie doch diese Informationsrechte in Mitbestimmungsrechte um! Dann haben wir das Problem gelöst.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir brauchen Regeln für einen fairen Wettbewerb; denn ohne Regeln für einen Wettbewerb - ob in der Wirtschaft oder im Sport - gibt es Chaos. Unser SPD-Antrag gibt diese Regeln für einen fairen Wettbewerb vor, damit die Menschen in unserem Land, in unserem reichen Land, wieder Gerechtigkeit erfahren.

Ich bin kein Jurist und rede daher nicht nur über Recht. Mir als ehemaligem Arbeiter ist das Gespür für Gerechtigkeit wichtig. Deshalb setze ich mich dafür ein, der Gerechtigkeit Recht zu verschaffen. Unser SPD-Antrag ist ein wichtiger Schritt dazu. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Unterstützung. Hier handelt es sich um die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)